

# NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

der Universitätsstadt Marburg

am Freitag, 16.12.2005, 17.00 Uhr,

im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoß

**Anwesenheit:** **SPD:** Aab, Acker, Becker, Brahms, Chatzievgeniou, Daser, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Meyer, Dr. Musket, Schlüter-Böhm, Schröter, Schulze-Stampe, Seelig, Sell, Severin, Weidemann, Wölk

**CDU:** Dersch, Gottschlich, Heck, Heubel, Kaufmann, Kissel, Lohse, Oppermann, Dr. Pötter, Rising Hintz, Röhrkohl, Schaffner, Scherer, Dr. Wulff

**GRÜNE:** Dr. Baumann, Floherschütz, Göttling, Keller, Laßmann, Markus, Neuwohner, Dr. Perabo, Schäfer, Dr. Therre-Staal

**ML:** Darabos, Kolter, Köster, Metz

**BfM:** Faecks, Schwindack, Zaun

**F.D.P:** Röllmann, Schwebel, Wüst

**MBL:** Dr. Huesmann, Ludwig

**Fraktionslos:** Kemmler

## **Magistrat:**

Oberbürgermeister Vaupel,  
Bürgermeister Dr. Kahle,  
Stadträtin Dr. Weinbach

## **Ehrenamtlichen Magistrat:**

Stadträtin Dr. Amend-Wegmann,  
Stadträtin Dinnebier,  
Stadtrat Reinhard,  
Stadträtin Schultheiß,  
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek,  
Stadtrat Sprywald,  
Stadtrat Wehrum

## **Es fehlten entschuldigt:**

Biver (Marburger Linke), Mehnert (CDU), Rehlich (CDU). Usinger (CDU),

**Schriftführer:** Oberamtsrat Wagner

## **Protokoll:**

### **zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden**

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 17.12 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Besonders begrüßt wird der ehemalige Hessische Minister des Innern, Herr Dr. Herbert Günther, der anlässlich eines Aufenthaltes in der Universitätsstadt Marburg heute die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung besucht.

Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

### **zu 2 Genehmigung der Niederschrift**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 25. November 2005 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche werden aus dem Hause nicht vorgetragen. Die Niederschrift wird somit in der ausgedruckten Fassung genehmigt.

### **zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung**

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt bekannt, dass die Tagesordnung um den folgenden Tagesordnungspunkt ergänzt wird:

#### **TOP 3.1 Erteilung einer Bürgschaft zugunsten des VfB 1905 Marburg e. V. VO/0643/2005**

Die Vorlage liegt allen Stadtverordneten in gedruckter Fassung vor. Gegen die Aufnahme in die Tagesordnung, die auch vom Ältestenrat empfohlen wird, wird aus dem Hause nicht gesprochen.

Weiterhin liegen zu TOP 3 Dringlichkeitsanträge der Fraktionen vor:

1. Dringlichkeitsantrag aller Fraktionen betr. EU-Dienstleistungsrichtlinie (VO/0762/2005)

In der gestrigen Sitzung des Ältestenrates wurde vereinbart, die Vorlage in die Tagesordnung aufzunehmen. Der Stadtverordnetenvorsteher wird den Antrag als TOP 11.1 aufrufen.

2. Dringlichkeitsantrag der Fraktionen BfM und F.D.P. betr. Appell zur Freilassung der Anfang Dezember im Irak entführten deutschen Staatsbürgerin Susanne Osthoff

Auch dieser Antrag soll gem. Empfehlung des Ältestenrates in die Tagesordnung aufgenommen werden. Der Stadtverordnetenvorsteher wird den Antrag unter TOP 11.2 aufrufen.

3. Die CDU-Fraktion legt einen Dringlichkeitsantrag betr. Gutachten zum geplanten Bordellbetrieb vor.

Die Stadtverordnete Gottschlich (CDU) begründet die Dringlichkeit der Vorlage mündlich. Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linke, MBL und F.D.P. treten dem Dringlichkeitsantrag bei.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen alle Stadtverordneten die Aufnahme der Vorlage in die Tagesordnung. Der Stadtverordnetenvorsteher wird den Antrag TOP 11.3 in die Tagesordnung einfügen und entsprechend aufrufen.

Alle Dringlichkeitsanträge liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Der Stadtverordnetenvorsteher gibt noch die in den Ausschüssen angemeldeten Aussprachewünsche bekannt und geht auf die zurückgestellten Vorlagen ein.

Die Tagesordnung wird im übrigen genehmigt.

Der Stadtverordnetenvorsteher unterbricht die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von 17.30 bis 18.20 Uhr. In der Pause tagt der Haupt- und Finanzausschuss.

### zu 3.1 **Erteilung einer Bürgschaft zugunsten des VfB 1905 Marburg e.V.** **Vorlage: VO/0643/2005**

Vor Aufruf dieses Tagesordnungspunktes hat der Stadtverordnete Ludwig (MBL) den Sitzungsraum wegen möglichem Interessenwiderstreits gem. § 25 HGO verlassen.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD). Der Haupt und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei einer Enthaltung aus der CDU-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

1. Die Stadt Marburg gewährt dem VfB 1905 Marburg e.V. eine Bürgschaft bis zur Höhe von insg. 500.000,00 EUR auf der Grundlage des Entwurfs der beigefügten notariellen Urkunde.  
Dabei ist zusätzlich zu regeln, dass der Bürgschaftsnehmer sich im Falle der Insolvenz verpflichtet, die in der notariellen Urkunde aufgeführten, im Eigentum des Vereins befindlichen, Grundstücke zu räumen und weiterhin der Stadt Marburg die Jahresabschlüsse und Wirtschaftspläne zur Dokumentation des jeweiligen Finanzstatus und der wirtschaftlichen Entwicklung unmittelbar nach Beschlussfassung bzw. Feststellung durch den Vereinsvorstand vorzulegen.  
Die Durchführung dieses Beschlusses steht unter dem Vorbehalt der aufsichtsbehördlichen Genehmigung.

2. Auf die Erhebung einer Bürgschaftsprovision wird verzichtet.

zu 4 **Fragestunde**

zu 4.1 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 1 12/2005)  
Vorlage: VO/0763/2005**

**Kann der Magistrat Auskunft geben, wie es dazu kommen konnte, dass ein Bauherr am Weinberg mit einem fast 2 Meter hohen Rolltor die einheitliche Geländesituation an diesem Weg unterbrochen hat und damit auch den Blick auf den Schlossberg und Schloss erheblich beeinträchtigt hat und was er unternommen wird, um die alte Situation wieder herzustellen?**

Die Fragestellerin ist z. Z. nicht anwesend. Die Anfrage wird somit schriftlich mit dem Protokoll beantwortet. Zuständiger Dezernent ist Bürgermeister Dr. Kahle.

Antworttext:

Wir gehen davon aus, dass hier die Toranlage des Grundstücks Karmelitergasse 14 an der Grenze zum Weinberggässchen gemeint ist.

Das Rolltor ist max. 1,55 m hoch und wurde ohne Baugenehmigung errichtet. Entsprechend den Vorschriften des Verwaltungsverfahrensgesetzes wurde der Eigentümer zunächst schriftlich angehört.

In Abstimmung mit der Unteren Denkmalschutzbehörde wird der Eigentümer jetzt mit Bescheid aufgefordert, für die Toranlage einen nachträglichen Bauantrag zu stellen.

Ob die Toranlage genehmigt werden kann oder zurückgebaut werden muss, wird dann entschieden.

zu 4.2 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Marianne Wölk (Nr. 2 12/2005)  
Vorlage: VO/0764/2005**

**Sieht der Magistrat eine Möglichkeit, die Vorfahrtsregelung im Bereich der Kantstraße, Gerhart-Hauptmann-Straße, Brüder-Grimm-Straße zugunsten der Kantstraße zu ändern?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Straßen befinden sich innerhalb einer Tempo-30-Zone, in denen immer die Vorfahrtsregelung rechts vor links gelten soll und vorfahrtsregelnde Zeichen nicht aufzustellen sind. Da es im Bereich der Stadt Marburg viele Bereiche mit schwierigen topografischen Verhältnissen gibt, wird von Seiten der Straßenverkehrsbehörde keine Änderung der Vorfahrtsregelung in dem genannten Bereich vorgenommen.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Wölk (SPD) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet. Es wird begehrt, die Unfallhäufigkeit im genannten Bereich festzustellen und der Fragestellerin mitzuteilen.

zu 4.3 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Marianne Wölk (Nr. 3 12/2005)**  
**Vorlage: VO/0733/2005**

**Kann der Magistrat Auskunft geben, wie häufig, ggf. in welchem Turnus, die Büsche und Bäume entlang der Bismarckpromenade geschnitten werden, damit der Blick zum Schloss gewährleistet ist?**

Es antwortet der Bürgermeister:

Die Stadt unterhält derzeit im Bereich der Bismarckpromenade die Sichtschneise unterhalb der ehemaligen Schwertrichtstätte „Am Rabenstein“.

In einem Zyklus von 4 - 5 Jahren wird der aufkommende Wildwuchs entfernt, letztmalig in 2003.

Weitere zwei Sichtschneisen entlang der Bismarckpromenade befinden sich auf Privatgelände. Um deren Erhaltung und Pflege ist der Verschönerungsverein bemüht.

Eine weitere Sichtschneise wird über eine private Absprache zwischen zwei Grundstückseigentümern freigehalten.

Weitere Sichtbeziehungen zur Kernstadt sind nicht mehr zu realisieren. Der Baumbestand hat sich in den letzten Jahrzehnten natürlicherweise weiterentwickelt. Sichtschneisen würden unweigerlich große Wunden in den geschlossenen Waldbestand reißen. Dadurch entstünden bei Starkwind gefährliche Angriffspunkte und die Gefahr für größere Windwurfflächen. Die extreme Hangsituation am Cappeler Berg lässt einen weitergehenden Eingriff in den Baumbestand nicht zu.

zu 4.4 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr. 4 12/2005)**  
**Vorlage: VO/0765/2005**

**Mit welchen Hochschulen/Universitäten hat die Marburger Universität Partnerschaftsverträge geschlossen bzw. ist Partnerschaften eingegangen?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Philipps-Universität hat nach Auskunft durch das Referat für Internationale Beziehungen Partnerschaftsabkommen mit ca. 215 Universitäten in der ganzen Welt.

Die einzelnen Universitäten sind als Liste beigefügt.

Um welche Kontakte es sich im Einzelnen handelt ist auf der beigefügten Liste zu sehen. Diese Liste ist auch im Internet unter der Adresse <http://www.uni->

[marburg.de/studium/raa/studinternational/intkontakte/index](http://marburg.de/studium/raa/studinternational/intkontakte/index)> ht einzusehen.

zu 4.5 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr. 5 12/2005)**  
**Vorlage: VO/0732/2005**

**Was ist eigentlich aus dem Projekt „Stolpersteine - Steine gegen das Vergessen“ geworden? Mit diesen Messingplatten soll die Erinnerung an einzelne Menschen in unserem Alltag an den Ort der Deportation geholt werden.**

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Nachdem die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung vom 25.02.2005 einstimmig die Initiative des AStA der Philipps-Universität Marburg begrüßt hat, das Projekt „Stolpersteine“ in Marburg wie in anderen Städten zu realisieren, hat eine Arbeitsgruppe diese Aktion vorbereitet. Die Gruppe besteht aus AStA, Geschichtswerkstatt Marburg, GEW und anderen. Herr Rehm vom AStA ist der zentrale Ansprechpartner.

Nach Rücksprache mit dem Kölner Künstler Gunter Demnig soll ab März 2006 die Realisierung der Stolpersteinverlegung in Marburg beginnen. Eine Marburger Schulklasse wird hierbei die Recherche für zunächst drei Personen/drei Stolpersteine übernehmen und in das weitere Procedere involviert sein. Herr Rehm nimmt demnächst Kontakt zwecks Umsetzung mit der Tiefbauabteilung der Stadt Marburg auf.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Laßmann (Bündnis 90/Die Grünen) und Schwebel (F.D.P.) werden ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

zu 4.6 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gunilla Rising-Hintz (Nr. 6 12/2005)**  
**Vorlage: VO/0758/2005**

**Ist der Magistrat damit einverstanden, dass eine stadteigene Immobilie (der Kiosk unter der Stadtautobahnbrücke) mit dem Hoheitszeichen eines undemokratischen Staates bemalt ist?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Gestaltung einer Verkaufsfläche muss aus unserer Sicht von der jeweiligen Unternehmerin so angelegt werden, dass der Unternehmenszweck möglichst effektiv unterstützt wird. Die Beurteilung dessen, was dem jeweiligen Unternehmenszweck möglichst förderlich ist, muss ebenfalls der Einschätzung und Definitionsmacht der Unternehmerin überlassen werden. Die Stadt kann keinen Einfluss auf unternehmerische Freiheit der Gestaltung von Werbe- und Verkaufsflächen - und um solche handelt es sich hier - sofern keine strafrechtlichen oder sittenwidrigen Handlungen zu Grunde liegen. Solche dürften im vorliegenden Fall kaum juristisch nachweisbar sein.

Kurzum:

Es mag geschmacklich umstritten sein, ist aber nicht verboten.

Der Neuanstrich des Containers wurde vor Vermietung thematisiert. Die konkrete

Ausführung wurde aber nicht diskutiert. Die Zustimmung zur farblichen Neugestaltung wurde unter der Maßgabe erteilt, dass vorher mit den zuständigen Behörden. (Straßenverkehrsbehörde, Baubehörde, Gewerbeaufsicht) mögliche diesbezügliche Einwände zu klären seien. Diese Rücksprachen erfolgten. Einwände wurden behördlicherseits nicht vorgebracht. Die Zustimmung wurde entsprechend erteilt.

Im Rahmen der Neugestaltung des Containers wurden keine verfassungsfeindlichen oder anderweitig verbotenen Zeichen verwendet. Die Gestaltung der Verkaufsfläche unterliegt im übrigen der unternehmerischen Freiheit. Ein sonstiger Verstoß gegen den Mietvertrag liegt nicht vor. Der Mietvertrag hat insofern rechtlichen Bestand. Für ein Eingreifen seitens der Vermieterin fehlt insofern jegliche Handhabe.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Rising Hintz, Röhrkohl und Lohse (alle CDU-Fraktion) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister und den Bürgermeister beantwortet.

**Um 18.30 übernimmt die stellv. Stadtverordnetenvorsteherin Laßmann (Bündnis 90/Die Grünen) die Sitzungsleitung.**

zu 4.7 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gunilla Rising Hintz (Nr. 7 12/2005)  
Vorlage: VO/0766/2005**

**Der Belag der Louisa-Haeuser-Brücke ist für Fußgänger im Winter denkbar ungeeignet, da auch geringer Niederschlag die Brücke in eine Rutschbahn verwandelt. Nach dem Schneefall am Morgen des 25. November wurde die Brücke den ganzen Tag nicht vom Schnee und Schneematsch geräumt. Kurz vor Mitternacht desselben Tages war die Brücke immer noch spiegelglatt und voller Schneematsch.**

**Kann der Magistrat sicher stellen, dass es zukünftig zu einer zeitnäheren Räumung einer solchen zentral gelegenen Fußgängerbrücke kommt?**

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Der Winterdienst auf der Louisa-Haeuser-Brücke wurde am 25. November erst um 11.30 Uhr durchgeführt. Dies ist für solch einen stark frequentierten Bereich zu spät.

Daher wurde der Winterdiensteinsatzplan dahingehend angepasst, dass der Winterdiensteinsatz dort bereits früher erfolgt.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Rising Hintz (CDU) und Becker (SPD) werden ebenfalls durch die Stadträtin beantwortet.

zu 4.8 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Wilfried Wüst (Nr. 8 12/2005)  
Vorlage: VO/0739/2005**

**Warum ist der Zugang vom Lahnufer-Parkplatz zum Gelände des Finanzamtes für die Öffentlichkeit gesperrt?**

Es antwortet der Bürgermeister:

Die Sperrung des Treppenaufganges erfolgte bereits zu Zeiten, als das Land Hessen noch Eigentümerin des Lahnvorlandes war. Sie ist somit nicht neu, sondern besteht schon seit vielen Jahren. Nach Auskunft des Herrn Tripp vom Hessischen Immobilienmanagement waren wohl Verkehrssicherheitsgründe für diese Sperrung ausschlaggebend, da die Treppe aufgrund des starken Laubfalles stets eine große Unfallgefahr darstellt und das Land als frühere Eigentümerin das Haftungsrisiko durch die Sperrung ausschließen wollte.

Inzwischen gehört das Lahnvorland und die dazugehörige Böschung nebst Treppe der Stadt. Die Treppe endet an dem Privatgrundstück des Landes Hessen. Sie stellt keine Verbindung zu einer öffentlichen Erschließungseinrichtung her.

**zu 4.9      Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ingo Lohse (Nr. 9 12/2005)  
Vorlage: VO/0750/2005**

**Trifft es tatsächlich zu, dass die Ketzerbach über Städtebauförderungsmittel komplett finanziert wird?**

Es antwortet der Bürgermeister:

Die Um- und Neugestaltung der Ketzerbach wird entsprechend der Verwaltungsvorschrift über den Einsatz von Sanierungs- und Entwicklungsförderungsmitteln (VV-StBauF) komplett über Städtebauförderungsmittel finanziert.

Die Fördermittelbereitstellung erfolgt seitens des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung über mehrere Programmjahre. Für das Programmjahr 2005 wurden aktuell Fördermittel in Höhe von 700.000,- € bewilligt. Insgesamt stehen damit für das Sanierungsgebiet „Nördliche Altstadt“ zur Zeit bewilligte Fördermittel in Höhe von 1.220.000,00 € zur Verfügung. Weitere Fördermittel werden für das Programmjahr 2006 beantragt.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Wüst (F.D.P), Gottschlich (CDU), Köster (Marburger Linke) und Lohse (CDU) werden ebenfalls durch den Bürgermeister und den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.10      Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 10 12/2005)  
Vorlage: VO/0759/2005**

**Gibt es Ergebnisse der Prüfung zur Errichtung eines Trinkwasserbrunnens auf dem Richtsberg (s. Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 18.03.05)?**

Es antwortet der Bürgermeister:

Mit der Ausführung des Trinkbrunnens wurde die Fa. Aqua Form beauftragt.

Die Montage erfolgt, abgestimmt mit Herrn Dr. Scherer, im Frühjahr 2006 durch das Servicepersonal des Fachdienstes Hochbau



zu 4.11 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 11 12/2005)**  
**Vorlage: VO/0737/2005**

**Was ist der gegenwärtige Sachstand beim Projekt Fronhof-Bebauung? (Otto-Ubbelohde-Schule, KfZ etc.)**

Es antwortet der Bürgermeister:

Der derzeitige Grundstückseigentümer prüft zur Zeit Vorschläge der Stadt Marburg zur Zulassung der privaten Wohngebäude, die der Eigentümer bisher viergeschossig umsetzen wollte, jedoch auf Grund der Festsetzung des Bebauungsplans nur dreigeschossig umsetzen kann. Im Zusammenhang mit dieser Frage ist auch eine Reaktion bezogen auf die Grunderwerbsabsicht bzw. den Grundstückstausch zu erwarten.

Es gibt eine Entwurfsplanung für die Schulerweiterung, die mit Schulleitung und Elternschaft abgestimmt ist. Die Realisierung hängt von der Inbesitznahme des Grundstücks ab. Sollte es nicht zu einem einvernehmlichen Grundstückstausch kommen, wird die Stadt Marburg das bereits eingeleitete Umlegungsverfahren fortsetzen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schwebel (F.D.P.) und Köster (Marburger Linke) werden durch den Bürgermeister und den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.12 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 12 12/2005)**  
**Vorlage: VO/0749/2005**

**Warum sind die Spielorte für Kinder am Steinweg und Am Plan nicht in den Adventsmarkt einbezogen worden, um deren kostenaufwendige Gestaltung auch im Winter attraktiv zu halten?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Adventsmarkt auf dem Marktplatz hat eine überschaubare Größe, was z.T. auch den Scharm dieses Marktes ausmacht. Zu den Spielorten für Kinder Am Plan und am Steinweg existiert weder eine räumliche noch eine Sichtbeziehung. Zudem befinden sich diese Orte in einer deutlich spürbaren Distanz zum Adventsmarkt. Diese Umstände machen es nahezu unmöglich, die Spielorte sinnvoll ins Adventsmarktgeschehen auf dem Marktplatz zu integrieren. Gleiches dürfte auf den Weihnachtsmarkt rund um die Elisabethkirche zutreffen. Es darf jedoch auch als sicher gelten, dass die Veranstalter der jeweiligen Märkte, der Werbekreis Oberstadt mit dem Ausrichter Hermann Panzer und der Werbekreis Rund um die Elisabethkirche mit dem Ausrichter Karl van Elkan, für konstruktive und umsetzbare Vorschläge zugänglich sind.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schwebel (F.D.P.), Köster (Marburger Linke) und Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.13 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Astrid Kolter (Nr. 13 12/2005)**  
**Vorlage: VO/0738/2005**

**Im Energiebericht der Stadt Marburg wird auf Seite 52 gesagt, dass nur wenige Hauseigentümer das Angebot einen Energiepass mit Förderung der Stadtwerke Marburg ausstellen zu lassen angenommen haben. Wie viele Energiepässe wurden seit Juni 2004 insgesamt ausgestellt? Wie hoch war dabei der Anteil der Energiepässe, die für Privatpersonen oder für Firmen, die nicht im öffentlichen Eigentum sind, angefertigt wurden?**

Es antwortet der Bürgermeister:

Insgesamt wurden seit Projektbeginn im Juni 2004 bis Ende November 2005 für 11 Anträge von Privatpersonen Förderzusagen für die Ausstellung von Energiepässen durch die Stadtwerke Marburg erteilt. Davon wurde in 8 Fällen, nach Erstellung der Energiepässe, der Zuschuss bereits ausgezahlt.

Daneben hat der Magistrat für 4 im Eigentum der Stadt stehende Gebäude Energiepässe ausstellen lassen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster (Marburger Linke) wird durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.14 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Astrid Kolter (Nr. 14 12/2005)**  
**Vorlage: VO/0760/2005**

**Im Energiebericht der Stadt Marburg wird im Anhang eine Energieanalyse für das Gaswerk Afföllerwiesen von Dipl.-Ing. W. Leucker vorgestellt. Warum wurden die dort vorgeschlagenen Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und zur energetischen Optimierung nicht im Zuge der Umgestaltung des Ensembles für das Café Trauma umgesetzt?**

Es antwortet der Bürgermeister:

Bei dem ausgeführten Bauvorhaben handelt es sich lediglich um den Neubau des Theaters, welchen entsprechend den EneV-Richtlinien errichtet wurde.

Sonstige Renovierungsarbeiten im Altbaubereich wurden ausschließlich in Eigenleistung durchgeführt, wobei im Bereich Café Trauma die Dachschrägenverkleidung und Erneuerung der Dachdämmung gem. der Wärmeschutzverordnung ausgeführt wurde.

zu 4.15 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr. 15 12/2005)**  
**Vorlage: VO/0761/2005**

**Gibt es im Stadtgebiet der Stadt Marburg Hauptverkehrsstraße oder Schienenwege für die nach der EU-Richtlinie 2002/49/EG vom 25. Juni 2002 über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm und dem entsprechenden Bundesgesetz vom 24. Juni 2005 Lärmkarten und Lärmaktionspläne erstellt werden müssen? Wenn ja, um welche**

**Verkehrswege handelt es sich und welche Maßnahmen hat der Magistrat eingeleitet?**

Es antwortet der Bürgermeister:

In einer Meldung des Hessischen Ministeriums für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz an das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit auf der Grundlage des §47 c Abs. 5 Bundes-Immissionsschutzgesetz vom 10. Aug. 2005 wird als Hauptverkehrsstraße im Sinne der EU-Richtlinie die **B3/B3a** benannt, für die eine entsprechende Lärmkarte erstellt werden muss.

Im Schreiben führt das Hessische Umweltministerium aus, dass die allgemeine Zuständigkeitsregelung nach §47c Abs. 1 BImSchG auf Landesebene weiter konkretisiert werden soll. Nach unserer Kenntnis ist dies bisher noch nicht geschehen.

Zur Zeit berechnet das Amt für Straßenverkehrswesen Marburg in Abstimmung mit dem Fachbereich 6 und dem Fachdienst 69 im Hinblick auf die vorgesehene Temporeduktion eine Lärmkarte auf der Basis aktualisierter Verkehrsdaten.

Nach Vorlage dieser Karten und Daten wird dann das weitere Vorgehen abgestimmt, möglicherweise ist bis dahin auch die Zuständigkeit abschließend geklärt worden.

**zu 4.16 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr. 16 12/2005)  
Vorlage: VO/0740/2005**

**Kann der Magistrat betätigen, dass die Informationen falsch sind, die Stadtwerke hätten Busse für den ÖPNV in Holland eingekauft, die nicht wintertauglich sind?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Ja, das können wir bestätigen.

**zu 4.17 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr. 17 12/2005)  
Vorlage: VO/0744/2005**

**Von der StVV vom 15.10.2004 wurde mehrheitlich bei Gegenstimmen der CDU beschlossen, dass der Magistrat und die stadteigenen Unternehmen aufgefordert werden Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigungen (1-Euro-Jobs) nur einzurichten, wenn die für Arbeitsgelegenheiten infrage kommenden Personen die Möglichkeit haben, eine solche Maßnahme abzulehnen (Freiwilligkeit). Sind der Magistrat und die städtischen Unternehmen dieser Aufforderung gefolgt und wie haben sie diese Aufforderung gegenüber dem Kreisjobcenter (KJC) konkret umgesetzt und durchgesetzt?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Sehr viele der für Arbeitsgelegenheiten infrage kommenden Personen fragen aus eigener Initiative nach, ob ein Einsatz in Arbeitsgelegenheiten möglich ist. Darüber hinaus prüft auch das KJC Einsatzwünsche der betroffenen Personen, soweit dies möglich ist. Eine generelle Möglichkeit, eine Arbeitsgelegenheit abzulehnen, gibt es jedoch nicht, da dies mit den gesetzlichen Vorgaben nicht vereinbar ist.

zu 4.18 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr. 18 12/2005)**  
**Vorlage: VO/0742/2005**

**Von der StVV vom 15.10.2004 wurde mehrheitlich bei Gegenstimmen der CDU beschlossen, dass der Magistrat und die stadt-eigenen Unternehmen aufgefordert werden, sicher zu stellen, dass durch die Einrichtung von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigungen (1 ~Euro-Job~) keine bezahlten Arbeitsplätze verdrängt werden. Sind der Magistrat und die städtischen Unternehmen dieser Aufforderung gefolgt und wenn ja, wie ist es dann zu erklären, dass z. B. auf Fahrzeugen des DBM bei der Müllentsorgung so genannte Ein-Euro-Jobber anzutreffen sind?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Selbstverständlich sind der Magistrat und auch der DBM dieser Aufforderung gefolgt. Ziel von Arbeitsgelegenheiten ist es jedoch, die betroffenen Personen in reguläre Arbeitsverhältnisse zu bringen. Daher wird beim DBM vermittelten Personen, die sich besonders in der beantragten Arbeitsgelegenheit bewährt haben, bei entsprechendem Bedarf eine befristete Beschäftigung in einem regulären Arbeitsverhältnis angeboten. In diesen Fällen erfolgt, soweit erforderlich, eine auf wenige Tage begrenzte Erprobung bzw. Einarbeitung auf dem regulären Arbeitsplatz.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**Um 19.00 Uhr übernimmt wieder Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) die Sitzungsleitung.**

zu 4.19 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Alexandra Darabos (Nr. 19 12/2005)**  
**Vorlage: VO/0743/2005**

**Von der StVV vom 15.10.2004 wurde mehrheitlich bei Gegenstimmen der CDU beschlossen, dass der Magistrat und die stadt-eigenen Unternehmen aufgefordert werden, sicher zu stellen, dass eine Verdrängung/Übernahme vor bisher im Rahmen der Öffentlichen Verwaltung ausgeübten Arbeiten durch Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigungen (1 ~Euro-Job~) auszuschließen ist. Ist der Magistrat dieser Aufforderung nachgekommen, wenn ja, wie ist es dann zu erklären, dass der Personalrat der Stadt Marburg die Tatsache beklagt, dass eine Verdrängung/Übernahme solcher Arbeiten zur Zeit geschieht?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Es findet grundsätzlich keine Verdrängung regulärer Arbeitsplätze statt. Hierzu wurde bereits bei Frage 18 hingewiesen. Auch beklagt der Personalrat keine solche Tatsache, da es sie nicht gibt. Dies wurde von der Vorsitzenden ausdrücklich bestätigt.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass zum einen der Magistrat die Durchführung von Arbeitsgelegenheiten **freiwillig** der Mitbestimmung unterworfen hat, zum anderen der Abschluss einer Vereinbarung mit dem Gesamtpersonalrat vorgesehen ist.

zu **4.20** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Alexandra Darabos (Nr. 20 12/2005)**  
**Vorlage: VO/0741/2005**

**Von der StW vorn 15 10.2004 wurde mehrheitlich bei Gegenstimmen der CDU beschlossen, dass der Magistrat und die stadteigenen Unternehmen aufgefordert werden, Menschen in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigungen (1-Euro-Jobs) sinnstiftende Tätigkeiten anzubieten, die gesellschaftlich notwendig und im öffentlichen Interesse sind. Diese Arbeitsgelegenheiten bestehen aus einer qualifizierten Stellenbeschreibung, sodass diese Stelle gegebenenfalls ausgeschrieben werden kann. Auf welche Art und Weise hat der Magistrat dieser Aufforderung verwirklicht?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Beantragung von Arbeitsgelegenheiten beim KJC und die Einholung der Zustimmung des Personalrates setzt eine entsprechende Beschreibung der Tätigkeit voraus. Soweit erforderlich, werden diese Beschreibungen durch persönliche Anforderungen ergänzt, die zur Aufgabenerledigung erforderlich und bei der Zuweisung durch das KJC zu beachten sind. Auf dieser Basis ist natürlich eine qualifizierte Stellenausschreibung möglich.

Eine Ausschreibung dieser „Stellen“ ist jedoch rein hypothetisch, da es sich um zusätzliche und gemeinnützige Arbeiten handelt, für die demzufolge keine Stellen im Stellenplan und keine Ansätze bei den Personalkosten vorhanden sind und daher auch keine Ausschreibung mit einer entsprechenden Stellenbesetzung erfolgen kann. Auf den bestehenden Einstellungsstopp wird Vollständigkeitshalber hingewiesen.

zu **4.21** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 21 12/2005)**  
**Vorlage: VO/0735/2005**

**Wie können ehrenamtlich Tätige, die bei verschiedenen Vereinen jeweils weniger als 5 Stunden, in der Summe aber mehr als 5 Wochenstunden tätig sind, zu einer Ehrenamts-Card kommen?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Für den Erhalt der Ehrenamts-Card ist es erforderlich, dass der Verein oder die Organisation den zeitliche Umfang der ehrenamtlichen Tätigkeit bestätigt, bei der

die Arbeit geleistet wird.

Dies gilt auch dann, wenn die Mindestanforderung von 5 Stunden ehrenamtlichen Engagements pro Woche durch Tätigkeiten bei verschiedenen Vereinen oder Organisationen erfüllt wird. Die einzelnen Organisationen bestätigen in diese Fällen den Umfang der bei ihnen geleisteten ehrenamtlichen Tätigkeit jeweils extra auf einem Anmeldeformular. Diese sind dann gesammelt durch den Antragsteller oder die Antragstellerin einzureichen.

Es ist auch möglich, die Bestätigung des Stundenumfangs durch mehrere Organisationen auf einem Anmeldeformular vorzunehmen. Beide Verfahrensweisen sind bereits praktiziert worden.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Severin (SPD) wird durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 5 **Investitionsprogramm der Universitätsstadt Marburg für die Haushaltsjahre 2005 bis 2009, Haushaltssatzung und Stellenplan der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2006 - 2. Lesung und Beschlussfassung - Vorlage: VO/0721/2005**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD). Der Haupt- und Finanzausschuss hat das Investitionsprogramm, die Haushaltssatzung und den Stellenplan ausführlich beraten.

**Um Einzelabstimmungen in der Stadtverordnetenversammlung zu vermeiden, trägt der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses ausführlich die im Haupt- und Finanzausschuss vorgenommenen Einzelabstimmungen zu den Anträgen der Fraktionen vor. Die entsprechende Liste über die vorgenommenen Einzelabstimmungen liegt den Stadtverordneten vor und ist Bestandteil dieser Niederschrift (Anlage). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich dem Investitionsprogramm, der Haushaltssatzung und dem Stellenplan zuzustimmen.**

**Weiterhin empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich folgenden Beschluss zu fassen:**

**Der Stellenkegel soll unter Einbeziehung der Angestelltenstellen neu berechnet werden. Es ist ein Personalentwicklungsplan zu erstellen. Es soll keine Beförderungen auf Stellen ab A 12 geben.**

Aussprache wurde angemeldet. Wie der Stadtverordnetenvorsteher berichtet, hat der Ältestenrat die Redezeiten für die Haushaltsdebatte vereinbart. Die Regelung orientiert sich an der Festlegung der vergangenen Jahre:

SPD	45 Minuten
CDU	40 Minuten
Bündnis 90/Die Grünen	30 Minuten
Marburger Linke	21 Minuten
BfM	20 Minuten
F.D.P	20 Minuten
MBL	18 Minuten

Änderungen hinsichtlich der Redezeiten werden aus dem Hause nicht gewünscht. Sie gelten somit als genehmigt.

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Aussprache. Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Severin (SPD), Dr. Wulff (CDU), Götting (Bündnis 90/Die Grünen), Köster (Marburger Linke), Faecks (BfM), Wüst (F.D.P.), Ludwig (MBL), Daser (SPD), Heubel (CDU), Dr. Baumann (Bündnis 90/DieGrünen), Metz (Marburger Linke), Schwebel (F.D.P.), Brahms (SPD), Oppermann (CDU) und Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen).

Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister als Kämmerer.

Während der Haushaltsdebatte hat von 20.22 Uhr bis 20.50 Uhr die stellv. Stadtverordnetenvorsteherin Schulze-Stampe (SPD) die Sitzungsleitung übernommen. Von 22.00 Uhr bis 22.20 Uhr wurde die Sitzung erneut durch die stellv. Stadtverordnetenvorsteherin Schulze-Stampe geleitet.

Nach der Aussprache lässt der Stadtverordnetenvorsteher zunächst die gewünschten Einzelabstimmungen über die Anträge der verschiedenen Fraktionen durchführen.

#### Anträge der CDU-Fraktion

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus CDU und F.D.P. bei Nein-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linke und bei Enthaltung der BfM und der MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion zum § 8 – Sperren – der Haushaltssatzung wird abgelehnt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus CDU und F.D.P. bei Nein-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linke und bei Enthaltung der BfM und der MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion zu § 10 – Besondere Bestimmungen zum Stellenplan – wird abgelehnt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus CDU und F.D.P. bei Nein-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linke und bei Enthaltung der BfM und der MBL folgenden Beschluss:

Die Anträge zum Verwaltungshaushalt und zum Vermögenshaushalt der CDU-Fraktion werden abgelehnt.

#### Anträge der Fraktion Marburger Linke

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke, bei Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Die Anträge der Fraktion Marburger Linke zum Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt werden abgelehnt.

#### Anträge der MBL-Fraktion

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der MBL-Fraktion und Nein-Stimmen der SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen und Marburger Linke sowie bei Enthaltung der BfM und der F.D.P. folgenden Beschluss:

Der Antrag der MBL-Fraktion zum Verwaltungshaushalt wird abgelehnt.

#### Anträge der F.D.P.- und BfM-Fraktionen

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus BfM, F.D.P. und BfM bei Nein-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linke sowie bei Enthaltung der CDU folgenden Beschluss:

Die Anträge zum Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt werden abgelehnt.

Sodann lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die in der Vorlage abgedruckte Gesamtvorlage zum Haushalt abstimmen:

Zu I der Vorlage fasst die Stadtverordnetenversammlung mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen, MBL und BfM bei Nein-Stimmen aus CDU, F.D.P und Marburger Linke folgenden Beschluss:

Gemäß § 101 Abs. 3 der Hess. Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 7. März 2005 (GVBl. 2005 I S. 142 ff.) das vorgelegte Investitionsprogramm der Stadt Marburg für den Planungszeitraum 2005 bis 2009 mit einem Volumen von 92.807.000 €

Zu II der Vorlage fasst die Stadtverordnetenversammlung mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen, MBL und BfM bei Nein-Stimmen aus CDU, F.D.P und Marburger Linke folgenden Beschluss:

### **Aufgrund der §§ 94 ff. HGO wird folgende Haushaltssatzung der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2006 beschlossen.**

#### **§ 1**

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006 wird im Verwaltungshaushalt

in der Einnahme auf 143.220.000 €

in der Ausgabe auf 143.220.000 €

und im Vermögenshaushalt

in der Einnahme auf 25.760.000 €

in der Ausgabe auf 25.760.000 €

festgesetzt.



## § 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2006 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Vermögenshaushalt erforderlich ist, wird auf 5.688.500 € festgesetzt.

Darin sind Kredite aus dem Hessischen Investitionsfonds

Abteilung A	-
Abteilung B	1.438.000 €

enthalten.

Der Gesamtbetrag der Kredite aus dem Hessischen Investitionsfonds, über die im Haushaltsjahr Verträge abgeschlossen werden sollen und die in künftigen Haushaltsjahren zur Auszahlung anstehen, wird auf 2.500.000 € festgesetzt.

Die Investitionsfondskredite verteilen sich wie folgt:

2007	1.000.000 €
2008	1.000.000 €
2009	500.000 €

## § 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2006 zur Leistung von Ausgaben in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 8.584.500 € festgesetzt.

## § 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2006 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 25.000.000 € festgesetzt.

## § 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2006 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf 280 v. H.  
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 330 v. H.
2. Gewerbesteuer auf 400 v. H.

## § 6

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung als Teil des Haushaltsplanes beschlossene Stellenplan.

## § 7

### Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Gemäß § 100 Abs. 1 Satz 2 HGO wird dem Haupt- und Finanzausschuss die Zuständigkeit für die Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben in folgenden Fällen übertragen:

Haushaltsteil	Überschreitung des Haushaltsansatzes ab	und/oder absoluter Betrag ab
Verwaltungshaushalt	20 %	10.000 €
Vermögenshaushalt	10 %	100.000 €

Von den genehmigten Haushaltsüberschreitungen ist der Stadtverordnetenversammlung gemäß § 100 Abs. 1 letzter Halbsatz HGO Kenntnis zu geben.

## § 8

### Sperren

Die Haushaltsmittel des Vermögenshaushaltes - Haushaltsansätze, Haushaltsausgaberechte und Verpflichtungsermächtigungen - sind in vollem Umfang gesperrt.

Freigabe erfolgt durch den Magistrat.

Übersteigt der Betrag für ein neues Projekt 500.000 €, ist die Zustimmung des Haupt- und Finanzausschusses einzuholen.

Die bisher erteilten Freigaben aus den Vorjahren behalten ihre Gültigkeit.

## § 9

### Kredite vom Kapitalmarkt

Sollte sich eine tatsächliche Netto-Neuverschuldung abzeichnen, ist der Haupt- und Finanzausschuss zu informieren. Sollte sie den Betrag von 10 Mio. € überschreiten, ist die vorherige Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung erforderlich.

## § 10

## **Besondere Bestimmungen zum Stellenplan**

Die Besetzung von neuen bzw. frei werdenden Stellen wird gesperrt.

Freigabe erfolgt durch den Magistrat nach Darlegung der Notwendigkeit der (Wieder-) Besetzung.

Die bereits getroffenen Personalentscheidungen behalten ihre Gültigkeit.

Zu III (Stellenplan) der Vorlage fasst die Stadtverordnetenversammlung mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen, MBL und BfM bei Nein-Stimmen aus CDU, F.D.P und Marburger Linke folgenden Beschluss:

Der Stellenplan der Universitätsstadt Marburg für die allgemeine Verwaltung wird auf 97,85 Beamten- und 609,64 Beschäftigtenstellen nach TVöD festgesetzt.

**Zum Stellenkegel fasst die Stadtverordnetenversammlung mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen, MBL und BfM bei Nein-Stimmen aus CDU, F.D.P und Marburger Linke folgenden Beschluss:**

Der Stellenkegel soll unter Einbeziehung der Angestelltenstellen neu berechnet werden. Es ist ein Personalentwicklungsplan zu erstellen. Es soll keine Beförderungen auf Stellen ab A 12 geben.

### zu 6 **Gültigkeit der Ausländerbeiratswahl am 27. November 2005** **Vorlage: VO/0728/2005**

**Wie der Stadtverordnetenvorsteher berichtet, sind gegen die Gültigkeit der Ausländerbeiratswahl keine Einsprüche eingegangen. Somit ist die Wahl für gültig zu erklären.**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die in § 64 i. V. m. § 26 des Hessischen Kommunalwahlgesetzes (KWG) in der Fassung vom 07. März 2005 (GVBl. I S. 197), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. März 2005 (GVBl. I S. 218) genannten Fälle liegen nicht vor.
2. **Die am 27. November 2005 erfolgte Wahl zum Ausländerbeirat ist gültig.**

### zu 7 **Besetzung des Ortsgerichtes Marburg V (Cyriaxweimar, Einhausen, Haddamshausen, Hermershausen, Wehrshausen)** **Vorlage: VO/0692/2005**

Die Vorlage wird zurückgestellt, da der Stadtteil Dilschhausen noch berücksichtigt werden muss.

### zu 8 **Seniorenbeirat** **Hier: Wahl eines Fraktionsmitgliedes der Fraktion B90/Die Grünen** **Vorlage: VO/0714/2005**

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Köster (Marburger Linke). Der Wahlvorbereitungsausschuss hat die Vorlage in seiner heutigen Sitzung beraten. In Nachfolge für die verstorbene Stadtverordnete Anna-Katharina Lakner (Bündnis 90/Die Grünen) ist ein neues Mitglied dieser Fraktion in den Seniorenbeirat zu entsenden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat vorgeschlagen, die Stadtverordnete Dr. Elke Therre-Staal zu wählen. Gegen diesen Vorschlag wurde nicht gesprochen.

Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Wahl aufgrund dieses Wahlvorschlages durchzuführen. Zur Vereinfachung des Verfahrens soll offen durch Handzeichen abgestimmt werden.

Aus der Stadtverordnetenversammlung wird gegen das vereinfachte Abstimmungsverfahren nicht gesprochen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnete Dr. Elke Therre-Staal wird als Fraktionsmitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in den Seniorenbeirat der Universitätsstadt Marburg entsandt.

zu 9 **Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2005 für den Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg (DBM)  
Vorlage: VO/0674/2005**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Theobald & Jung GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Carlo-Mierendorff-Str. 15, 35398 Gießen, als Wirtschaftsprüfer für die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2005 für den Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg zu bestellen.**

zu 10 **Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2006 des DBM  
Vorlage: VO/0675/2005**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD). Im Haupt- und Finanzausschuss wurde beantragt, den Wirtschaftsplan dahingehend zu verändern, dass keine Netto-Neuverschuldung eintritt. Dies führt dazu, dass die im Wirtschaftsplan enthaltene Kreditaufnahme bei der Stadt Marburg in Höhe von 51.200 Euro entfällt und die entsprechenden Investitionen gestrichen werden müssen.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für die heutige Sitzung hat die Betriebsleitung des DBM die empfohlene Änderung in den Wirtschaftsplan eingearbeitet und heute als Drucksache vorgelegt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der CDU und Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Dem vorgelegten Wirtschaftsplan des DBM für das Geschäftsjahr 2006 wird zugestimmt.

zu 11      **Dringlichkeitsanträge**

zu 11.1    **Dringlicher Antrag aller Fraktionen betr. EU-Dienstleistungsrichtlinie  
Vorlage: VO/0762/2005**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg fordert die Europäische Kommission auf, die EU-Dienstleistungsrichtlinie in folgenden Punkten abzuändern oder sie in der vorliegenden Form vollständig zurück zu ziehen.**

**Zu überarbeiten ist vor allem das Herkunftslandprinzip, das zu rechtlicher Unsicherheit, zu arbeits- und sozialrechtlicher Ungleichbehandlung von Beschäftigten, zum Abbau nationaler Souveränitäten und demokratischer Rechte von Beschäftigten und Verbrauchern und zu Verstößen gegen bzw. zum Abbau von Sicherheitsstandards, Gesundheits-, und Umweltschutzbestimmungen sowie zur Gefährdung der öffentlichen Daseinsvorsorge führen muss. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg befürwortet eine Europapolitik, die systematisch auf der Harmonisierung der Rahmenbedingungen und auf transparenten, gemeinsamen Regelungen aufbaut.**

**Die Stadtverordnetenversammlung übermittelt ihre EntschlieÙung dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission sowie den bundesdeutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments, dem Bundestag, und dem Bundesrat sowie der Bundesregierung, dem Deutschen Städtetag und der Hessischen Landesregierung.**

**Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die geplanten Protestaktionen gegen die Dienstleistungsrichtlinie und appelliert an die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Marburg sich an den lokalen Protestaktionen und der großen Demonstration zu Beginn des Jahres 2006 in StraÙburg zu beteiligen.**

zu 11.2    **Dringlicher Antrag der Fraktionen BfM und FDP betr. Appell zur Freilassung der Anfang Dezember im Irak entführten deutschen Staatsbürgerin Susanne Osthoff  
Vorlage: VO/0755/2005**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an die Entführer der Archäologin Susanne Osthoff und ihres irakischen Fahrers, beide Personen sofort und unversehrt an Geist und Körper freizulassen.**

Die Marburger Stadtverordnetenversammlung appelliert im Einklang mit dem Marburger Magistrat und dem Ausländerbeirat der Universitätsstadt Marburg an die deutsche Bundesregierung, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um die sofortige Freilassung der deutschen Staatsbürgerin Susanne Osthoff und ihres irakischen Fahrers zu erwirken.

Die Stadtverordnetenversammlung ruft die Marburger Bürgerschaft auf, ihrem solidarischen Wunsch nach Freilassung von Susanne Osthoff und ihres irakischen Fahrers und Begleiters in geeigneter Weise friedlichen öffentlichen Ausdruck zu verleihen.

zu 11.3 **Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion betr. Gutachten zum Bordellbetrieb**  
**Vorlage: VO/0767/2005**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei einer Enthaltung folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird dringlich gebeten, die im Gutachten von Rechtsanwalt Hauck-Scholz dargelegte völlig andere Rechtslage zu würdigen, ehe eine Baugenehmigung ausgesprochen wird.**

zu 12 **Anträge der Fraktionen**

zu 12.1 **Antrag der CDU-Fraktion betr. Programm für Kinder**  
**Vorlage: VO/0065/2005**

Der Antrag wird zurückgestellt, da der im Sozialausschuss zugesagte Bericht noch nicht vorliegt.

Vor der weiteren Behandlung der Tagesordnung wird die Stadtverordnetenversammlung von 22.50 bis 23.05 unterbrochen, damit die Fraktionen Gelegenheit haben, sich abzustimmen.

Nach der Unterbrechung wird der Tagesordnungspunkt 11.3 aufgerufen.

zu 12.2 **Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Sicherung der maßstäblichen Bebauung im Stadtteil Ockershausen**  
**Vorlage: VO/0559/2005**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Der Antrag ist auch im Bau- und Planungsausschuss Liegenschaften beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Lohse (CDU). Der Ausschuss

empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fast einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird gebeten, im Zuge der Erarbeitung des „Rahmenplanes Ockershausen“ dafür Sorge zu tragen, dass- wie jüngst mehrfach geschehen- keine Gebäude mehr errichtet werden können, die die allgemeine Maßstäblichkeit im Stadtteil wesentlich überschreiten.**

**Soweit der Rahmenplan als rechtliches Planungsinstrument nicht ausreichend ist, dieses Ziel zu gewährleisten, sollen Bebauungspläne aufgestellt oder Veränderungssperren erlassen werden.**

**Im Ergebnis soll die Endgröße aller neu zu errichtenden Häuser auch bei der heutigen Berechnung der Grundflächenzahl (GRZ) und Geschossflächenzahl (GFZ) die benachbarten Häuser nicht überschreiten**

zu 12.3 **Antrag der B90/Die Grünen und SPD-Fraktionen betr. Essensversorgung in den Kindertages- und -betreuungseinrichtungen mit Nahrungsmitteln aus ökologischer und regionaler Erzeugung.  
Vorlage: VO/0580/2005**

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag ist im Sozialausschuss wie folgt ergänzt worden:

Der Magistrat wird geben die freien Träger von Kindertageseinrichtungen dabei zu unterstützen, wenn sie eine Umstellung auf die Verwendung von Lebensmitteln aus ökologischer und regionaler Erzeugung vornehmen wollen.

Der so geänderte Antrag wird vom Sozialausschuss zur Annahme empfohlen.

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Auch der Umweltausschuss empfiehlt die Annahme des Antrages in der Fassung des Sozialausschusses.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD-Fraktion). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Antragsfassung aus dem Sozialausschuss zur Annahme.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird beauftragt darauf hinzuwirken, dass in den Kindertages- und Betreuungseinrichtungen in Marburg ausschließlich Nahrungsmittel aus ökologischer Erzeugung oder aus regionaler Produktion angeboten werden.**

zu 12.4 **Antrag der CDU-Fraktion betr. Buslinienführung  
Vorlage: VO/0631/2005**

Der Antrag ist von der CDU-Fraktion zurückgezogen worden. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu 12.5 **Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Protokolle des Denkmalbeirats und des Beirats für Stadtgestaltung**  
**Vorlage: VO/0650/2005**

Der Antrag wird zurückgestellt, da die Stellungnahmen des Denkmalbeirates und des Beirats für Stadtgestaltung noch nicht vorliegen.

zu 12.6 **Antrag der B90/Die Grünen/SPD-Fraktionen betr. Sanierung der Marburger Straße in Cappel**  
**Vorlage: VO/0654/2005**

Der Antrag wird zurückgestellt, bis die Stellungnahme des Ortsbeirats Cappel vorliegt. Die Vorlage wird sodann erneut im Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr und dem Bau- und Planungsausschuss Liegenschaften beraten werden.

zu 12.7 **Antrag der BfM-Fraktion betr. Westtangente**  
**Vorlage: VO/0707/2005**

Der Antrag ist von der BfM-Fraktion im Ältestenrat zurückgezogen worden. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu 13 **Anträge des Kinder- und Jugendparlaments**

zu 13.1 **Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Bolzplatz in der Mühlenbergstraße**  
**Vorlage: VO/0708/2005**

Die Vorlage des Kinder- und Jugendparlamentes wurde zurückgezogen. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu 14 **Kenntnisnahmen**

zu 14.1 **Überplanmäßige Ausgabe im Vermögenshaushalts 2005**  
**hier: Hst. 7610001/940010 'Erneuerungen an Bürgerhäusern'**

**Vorlage: VO/0713/2005**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.



zu **14.2 Umleitungskonzept der Stadtwerke Marburg GmbH für die Baumaßnahme  
Marbacher Weg**  
**Vorlage: VO/0685/2005**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 23.08 Uhr und wünscht allen Anwesenden ein angenehmes Weihnachtsfest und einen guten Jahreswechsel.

Löwer  
Stadtverordnetenvorsteher

Vorsitzende/r  
der SPD-Fraktion

Oppermann  
Vorsitzende  
der CDU-Fraktion

Wagner  
Protokoll und  
Geschäftsstelle

Anlagen  
Dringlichkeitsanträge  
Liste der Einzelabstimmungen zum Haushalt 2006